

Absenderadresse:

Datum:

Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte

Ich möchte Ihnen als Bürger dieses Landes meine Unzufriedenheit über die Aussenpolitik des Bundesrates zum Ausdruck bringen. Beispielsweise wird die Neutralität mit der Annäherung an die NATO weiter dekonstruiert.

Die Schweiz sitzt dieses und nächstes Jahr im UNO-Sicherheitsrat, angeblich um friedenspolitisch etwas zu bewegen. Unser Land verharrt jedoch in einer für mich nicht nachvollziehbaren Passivität. Es nimmt Platz am Tisch der Mächtigen und nickt die Vorschläge der Grossmächte, allen voran der USA, ab.

Wo bleibt der politische Mut, als neutrales Land aktiv Vorstösse zu lancieren, die dem Frieden und Humanismus dienen und in den Konflikten unserer Welt die Kultur des Dialoges fördern? Die Politik der Schweiz verliert das Selbstbewusstsein als neutraler Staat und ihr humanistisches Gewicht, das sie einmal besass.

Der Niedergang der Schweizer Neutralität stand letztmals Anfang der 1990er-Jahre unter Druck und hat sich seither fortgesetzt. Die Schweiz mit ihrer Diplomatie für den Frieden verlor schon vor dem Ukrainekrieg an Einfluss. Dieser Krieg und das Agieren des Bundesrates haben solches besonders deutlich vor Augen geführt, z.B. der Anschluss an die Sanktionen gegen Russland, der Rückverkauf alter Leopard-Panzer an Deutschland, Diskussionen um die Lieferung von Munition an die Ukraine via Drittländer.

Und nun auch der Nahost-Konflikt, der schon 75 Jahre dauert und den die Weltöffentlichkeit immer wieder vergisst und verdrängt. „Das jüdische Volk und das palästinensische Volk – beide sind Opfer!“ So betonte es die palästinensische Friedensaktivistin Sumaya Farhat-Naser im Rahmen eines kürzlich gehaltenen Vortrages in der Schweiz. Das Problem sind die Regierungen Israels und der Hamas, die sich beide gegenseitig vernichten wollen. Die Eskalation des Konflikts und das Ausmass der Gewalt übersteigt die menschliche Vorstellungskraft, war aber, so Farhat-Naser, zu erwarten angesichts der stetigen Drangsalierung und Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung durch die israelische Regierung und Armee in den besetzten Gebieten.

Die Schweiz soll die Verbindung zu den Konfliktparteien halten bzw. herstellen, auf Waffenruhe hinwirken, Friedensverhandlungen aufbauen und allen um Frieden bemühten

Staaten zur Seite stehen. Parteinahme der Regierung für oder gegen eine Kriegspartei ist dem Friedensprozess abträglich und erschwert bzw. verunmöglicht die Verhandlung mit ihr.

Ich bitte Sie, sich unmissverständlich einzubringen, Kriege als solche anzuerkennen und alles für deren friedliche Beilegung zu unternehmen. Dienen Sie dem Frieden in der Welt, als neutrales Land angesichts des Wahnsinns und Elends des Krieges.

Freundliche Grüße

Unterschrift

Empfängeradressen:

BR Karin Keller-Sutter
Eidg. Finanzdepartement EFP
Bundesgasse 3
3003 Bern

BR Viola Amherd
Eidg. Dep. für Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport VBS
Bundeshaus Ost
3003 Bern

BR Ignazio Cassis
Eidg. Dep. für auswärtige Angelegenheiten EDA
Bundeshaus West
3003 Bern

Bundespräsident Alain Berset
Eidg. Dep. des Innern EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

BR Albert Rösti
Eidg. Dep. für Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation
Bundeshaus Nord
3003 Bern

BR Guy Parmelin
Eidg. Dep. für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

BR Elisabeth Baume-Schneider
Eidg. Justiz und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern